



INTEGRATION BASEL

Respekt
DEKUT
ekt



Inhaltsverzeichnis

Grusswort

Begrüssung durch den Departementsvorsteher Regierungsrat Hanspeter Gass	2
--	---

Editorial

Einführende Worte des Leiters von «Integration Basel» Thomas Kessler	3
--	---

Migration als Chance für Basel

Migration und Integration. Ein kurzer Einblick in eine lange Tradition	5
Stadtentwicklung	7

Integration als prioritäres Thema des Kantons Basel-Stadt

Politische und rechtliche Grundlagen	10
Leitbild und Handlungskonzept	11
Schwerpunkte und Projekte	13
PR/Kommunikation	13
«Aller Anfang ist Begegnung». Die regionale Öffentlichkeitskampagne	14
Das Integrationsgesetz	16
«Willkommen». Das Begrüssungs- und Begegnungskonzept	16
Projektförderung	17
Projektcontrolling	18

«Integration Basel». Die kantonale Integrationsstelle und Anlaufstelle Rassistische Diskriminierung

Aufgaben und Ziele	20
Intervention in Fällen rassistischer Diskriminierung	21
Organisation	22
Organigramm	22
Das Team	22
Rückblick	24
Ausblick	25

Integrationspolitik als Gemeinschaftsleistung

Die drei unterstützenden Gremien	27
Die regierungsrätliche Delegation Integration	27
Das Interdepartementale Netzwerk Integration	27
Die kantonale Kommission für Migrations- und Integrationsfragen	28
Ethnologisches Seminar, Universität Basel	29
Ausländerberatung der GGG	30
Stabsstelle für Integrations- und Migrationsfragen Basel-Landschaft	31
Die Partner – in der Schweiz und international	32

Grusswort



Seit April 2006 bin ich als Mitglied der Kantonsregierung für die Integrationspolitik in Basel-Stadt zuständig und das sehr gerne. Von meinem Vorgänger Jörg Schild habe ich eine ausgezeichnete Konzeption und bestens eingespielte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Koordinationsgremien und systematisch gepflegte Partnerschaften übernommen: mit den basel-städtischen Gemeinden und Departementen, dem Bund, Migrantenvereinen, Beratungsstellen, Kirchen und Glaubensgemeinschaften sowie den Sozialpartnern. Die enge Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft in der Projektarbeit konnte mit der gemeinsamen Erarbeitung des modernsten Integrationsgesetzes Europas gekrönt werden. Die Erweiterung von Projektpartnerschaften und Kooperationen auf den gemeinsamen Lebensraum Nordwestschweiz und die

trinationale Regio am Oberrhein setzt diese sinnvolle Vernetzung und Optimierung fort. Basel ist das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum einer grossen Agglomeration. Heute ist über ein Drittel der Bevölkerung zugewandert – genau wie vor hundert Jahren. Ich bin stolz darauf, dass Basel eine dynamische Integrationspolitik nach dem Prinzip «Fördern und Fordern ab dem ersten Tag» entwickelt hat, welche entsprechend dem Potenzialansatz die Chancen von Anfang an nutzt und die Probleme aktiv angeht. Mit der Übertragung dieses erfolgreichen Prinzips auf die Politikbereiche Familie, Frühförderung, Jugend, Bildung, Soziales und Gesundheit machen wir unseren Stadtstaat fit für die Herausforderungen der urbanen Gesellschaft und der globalisierten Wirtschaft. Packen wir es gemeinsam an!

Regierungsrat Hanspeter Gass

Vorsteher des Sicherheitsdepartements Basel-Stadt
Präsident der kantonalen Kommission für Migrations- und Integrationsfragen

Editorial



Diese zweite Auflage der Broschüre Integration Basel-Stadt trägt dazu bei, den Informationsauftrag an die Gesamtbevölkerung zu erfüllen und allen Interessierten den Zugang zu Detailinformationen zu erleichtern. Sie ergänzt die regelmässigen Informationsanlässe und die Migrationszeitungen, Anzeigen und Kinospots im Rahmen der laufenden Kampagne «Aller Anfang ist Begegnung» → www.migration.bl.bs.ch ebenso wie die Verwaltungs- und Jahresberichte. Stets aktuell ist unsere Website → www.welcome-to-basel.bs.ch und die Website der GGG-Informationsstelle Integration → www.integration-bsbl.ch. Weiter gehören Filme, Flyer, ein spezifischer Stadtplan und vieles mehr zu den informativen Produkten von «Integration Basel». Die Ziele dieser Informationsarbeit sind die Transparenz der Integrationspolitik, die fortlaufende Verbesserung der Integrationsmassnahmen, die Unterstützung von Begegnungen, der Abbau von Vorurteilen durch Fakten und die kritische Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Migration. Auf der Basis solider Informationen sollen die Chancen erkannt und die Probleme diskutiert und angegangen werden. Das oberste Ziel dabei ist die Chancengleichheit von Einheimischen und Zuziehenden auf hohem Niveau. Eine mehrstufige Erfolgskontrolle rundet dieses System ab.

Die Basler Integrationspolitik ist offensiv konzipiert. Sie will die Defizite aus den 80er- und 90er-Jahren, als Zugezogene noch nicht «ab erstem Tag» begrüsst, informiert und motiviert wurden, so rasch und so gut wie möglich aufarbeiten und die Chancen der sich wandelnden Migration aktiv nutzen. Viele Projekte befassen sich mit den Folgeproblemen der damaligen Einwanderung ohne systematische Integration und zielen auf die rasche Integration der Neuzuziehenden ab. Aus der mehrheitlichen sozialen «Unterschichtung» bis in die 90er-Jahre ist eine soziale «Überschichtung» geworden, die geänderten Be-

dürfnisse der Wirtschaft, die Neuausrichtung der Migrationspolitik und die fortschreitende Globalisierung haben das Bild der regionalen und globalen Migration rasch verändert. Folgerichtig arbeitet «Integration Basel» immer enger mit den kantonalen Stellen für Strategie, Entwicklung und Marketing zusammen. Dabei vergessen wir aber nicht die verunsicherten Menschen, denen die Dynamik der Veränderungen Angst macht. Der Staat muss zusammen mit allen Partnern intakte Perspektiven und verlässliche Orientierung schaffen. Die Regeln des Zusammenlebens müssen zum Wohle aller klar kommuniziert und durchgesetzt werden. Zum Glück dürfen wir diese Arbeit in einem weltoffenen und humanistisch geprägten Kanton mit hoher Wirtschaftskraft tun, der sich im §1 der neuen Verfassung so definiert: «Der Kanton Basel-Stadt ist ein freiheitlicher, demokratischer und sozialer Rechtsstaat.»

In Basel-Stadt leben Menschen aus allen 26 Kantonen und aus über 150 Ländern. Jede zweite Ehe ist binational und die Hälfte der Kinder hat fremd- und mehrsprachige Eltern. In dieser Realität bestimmt die Qualität der Integrationspolitik das Zusammenleben und das Bildungsniveau entscheidend mit, sodass Investitionen in die Integration grundlegende Investitionen in die Gegenwart und die Zukunft des ganzen Kantons sind. Auch für diese Einsicht braucht es viel Informationsarbeit.

Thomas Kessler

Delegierter für Migrations- und Integrationsfragen
Leiter der kantonalen Integrationsstelle «Integration Basel»
und der Anlaufstelle Rassistische Diskriminierung





Migration als Chance für Basel

Migration und Integration. Ein kurzer Einblick in eine lange Tradition

Die Schweiz ist seit 1848 ein Migrationsland und seit 50 Jahren von Bevölkerungswanderungen mehr geprägt als typische Migrationsländer wie die USA, Australien oder Kanada. Über ein Drittel der Schweizer Bevölkerung ist eingewandert oder stammt direkt von mindestens einem immigrierten Elternteil ab, über 20% haben eine ausländische Staatsbürgerschaft. Die Schweiz gehört zu den westeuropäischen Staaten, die im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die höchste Zahl an Ausländerinnen und Ausländern (rund 20%) aufweisen. In der Stadt Basel beträgt der Anteil der Zugezogenen an der Bevölkerung rund 30% – ein Prozentsatz der etwa so hoch ist wie in Zürich oder Frankfurt. Die höchsten Werte erzielte die Stadt Basel allerdings im Jahr 1900 mit 40%. Damals machten Deutsche 33% der

Gesamtbevölkerung aus, 6% entfielen auf Personen italienischer Herkunft. In den 90er-Jahren des 20. Jahrhunderts dagegen stellten sich die Verhältnisse ganz anders dar: Etwa 30% der Ausländerinnen und Ausländer kamen aus Italien, 15% aus der Türkei und 13% aus Deutschland. Heute sind mit rund 20% die Bürger/-innen der Nachfolgestaaten Jugoslawiens zusammengenommen die grösste Gruppe, gefolgt von den italienischen Staatsangehörigen mit 17%, den Deutschen mit 14% und den türkischen Staatsangehörigen mit 14%.

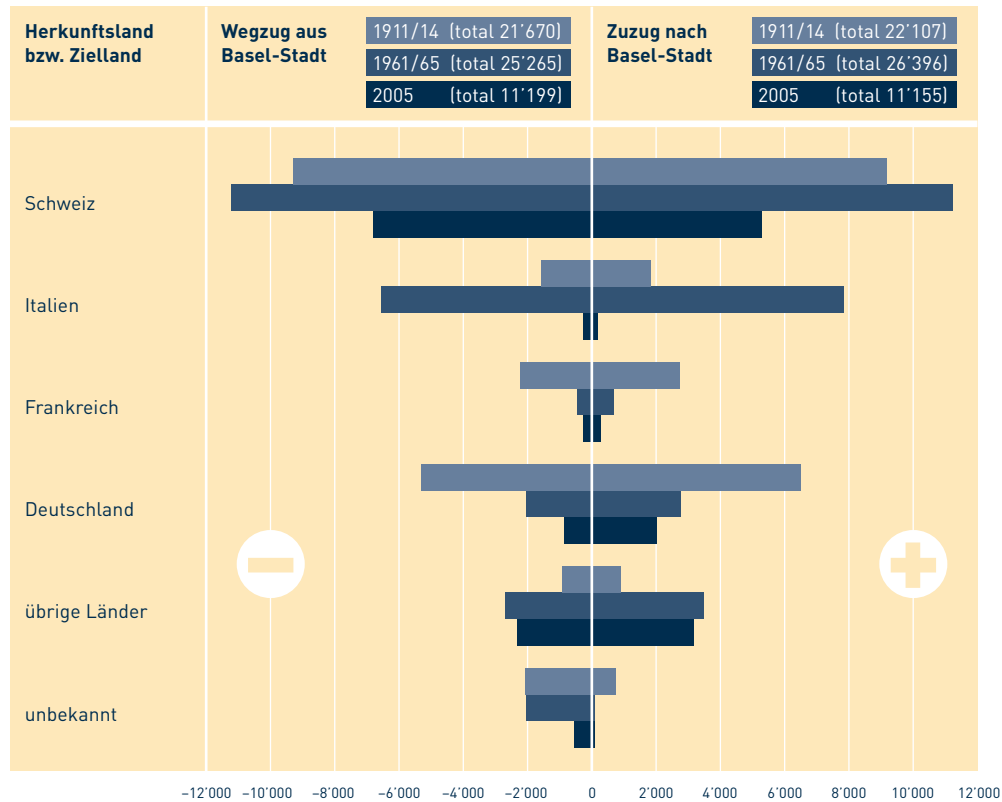
Rund die Hälfte aller Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft lebt seit der Geburt oder seit mindestens 15 Jahren in der Schweiz, ein Drittel sogar seit mindestens 30 Jahren. Rund eine Million Menschen besitzen eine zeitlich unbegrenzte Aufenthaltsbewilligung, verfügen jedoch über keine politischen Rechte. Die Einbürgerungsquote der Schweiz (unter 2%) ist eine der niedrigsten in Westeuropa. Das bedeutet konkret: Der Anteil der offiziell als «ausländische Bevölkerung» bezeichneten Personen ist deshalb so hoch, weil die Einbürgerungs-

bedingungen so strikt sind. In den meisten europäischen Ländern wird nach zirka 6 bis 8 Jahren eingebürgert, in der Schweiz erst nach 12 Jahren. Würden nur jene Personen als «Ausländer» bezeichnet, die seit weniger als acht Jahren hier wohnen, säne ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung auf rund 7%.

Die hohen Einbürgerungshürden wurden in der Schweiz erst nach den Weltkriegen geschaffen – dies erfolgte in zwei Stufen, 1926 und 1952. Vor dem 1. Weltkrieg wurden deutsche Einwanderer dagegen unkompliziert und schnell eingebürgert, wodurch sie unter anderem vor dem Krieg bewahrt wurden. Die Einbürgerung wurde damals als ein Mittel zur Integration verstanden und eingesetzt. Die Einbürgerungsgebühr betrug zeitweise Fr. 1.50. Heute betrachten die zuständigen Behörden den Prozess der Integration vielmehr als Vorleistung, den Einbürgerungswillige zu erbringen haben. In der Vorlage zu einem bikantonalen Integrationsgesetz von Basel-Stadt und Basel-Landschaft heisst es folgerichtig: «Integration setzt mit dem Zuzug ein.»

Integration setzt den Willen und die Offenheit von Einheimischen und Zugezogenen voraus

**Kanton Basel-Stadt:
Zuzug und Wegzug nach Herkunfts- und Zielland**



Die Migrationsbevölkerung bereichert seit je die polykulturelle Identität der Schweiz. In Basel allein leben Menschen aus rund 150 Ländern, die ca. 2000 verschiedene Sprachen sprechen. Nicht nur das kulturelle Leben der Stadt ist dadurch um viele Facetten reicher, auch Wirtschaft und Industrie profitieren von den ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Rund ein Drittel der Erwerbstätigen in Basel-Landschaft und Basel-Stadt sind ausländischer Herkunft:

zum Beispiel 34% der Angestellten im Gastgewerbe und 26% im Baugewerbe. Ohne die ausländischen Arbeitskräfte wäre ein geordneter Betrieb in den Spitälern und Pflegeheimen nicht mehr denkbar. Die Arbeitssuche steht aber inzwischen nicht mehr an erster Stelle der Motive für eine Immigration: Etwa 40% der Zuziehenden kommen als Ehepartnerinnen und Ehepartner und im Rahmen des Familiennachzugs. Asylsuchende, die in politischen Diskussionen oft eine grosse Rolle spielen, machen in der Basler Ausländerstatistik nur 1% aus.

Stadtentwicklung

Die Integrationsarbeit ist in Basel-Stadt von Beginn an mit der Stadtplanung eng verknüpft. So verabschiedete der Regierungsrat des Kantons im Juni 1999 das «Aktionsprogramm Stadtentwicklung Basel». Dieses enthält zweihundert aufeinander abgestimmte Massnahmen, die grösstenteils im Zeitraum von 2000 bis 2004 umgesetzt wurden. Besonders Kleinbasel profitierte von zahlreichen Projekten zur Förderung der Stadtteilentwicklung unter dem Titel «Integrale Aufwertung Kleinbasel» (IAK). Dieser Stadtteil ist industriell-gewerblich geprägt und weist einen traditionell hohen Anteil von Migrantinnen und Migranten auf – schon 1910 waren rund 50% der Kleinbasler Bevölkerung ausländische Staatsangehörige. Eine unausgewogene Be-

siedlungsstruktur ergibt sich in diesem Stadtteil auch durch die in der gesamten Schweiz festzustellende Überalterung der Bevölkerung und die hier spezifische Abwanderung von jungen Schweizer Familien mit kleinen Kindern. Zentrale Anliegen des Projekts «Integrale Aufwertung Kleinbasel» sind: das stadtteilspezifische Potenzial zu stärken, den Blick für die positiven Seiten Kleinbasels zu schärfen, die kulturelle Vielfalt positiv zu nutzen und das Engagement der Bevölkerung zu fördern. Im Jahr 2005 konnte sich die Klybeckstrasse, die zentrale Verkehrsachse Kleinbasels, dank eines demokratischen Mitwirkungsprozesses zu einer attraktiven Wohn- und Geschäftsstrasse entwickeln. Viel genutzte Grünanlagen wie die Dreirosenanlage und die Clara-matte wurden neu gestaltet und aufgewertet.

Stadtentwicklung – ein wichtiges Wirkungsfeld der Integrationspolitik

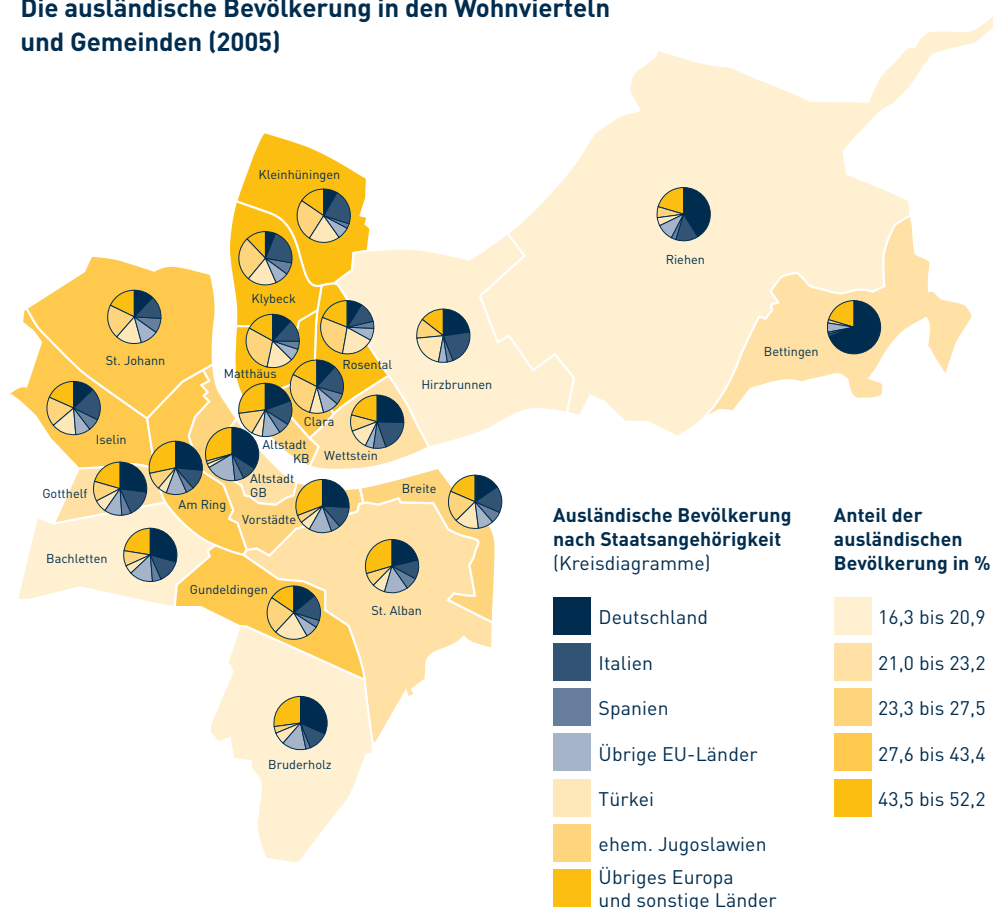


Die gesamte Umsetzungsphase inklusive der Wirkungskontrollen werden voraussichtlich noch bis ins Jahr 2015 hinein reichen. Das Projektteam, das diese Vorhaben begleitet, besteht aus Vertreterinnen und Vertretern des Baudepartements (BD), des Wirtschafts- und Sozialdepartements (WSD), des Sicherheitsdepartements (SiD) und dem Leiter des Stadtteilkonzepts Kleinbasel. Die Projektleitung liegt bei F. Schumacher (BD, Hochbau und Planungsamt), T. Kessler (SiD, «Integration Basel»), P. Schwendener (FD, Finanzverwaltung) und M. Imhof (WSD, interimistische Leiterin Statistisches Amt).

Auf den positiven Erfahrungen des Projekts «Integrale Aufwertung Kleinbasel» aufbauend, folgte 2004 das Projekt «Stadtentwicklung Basel Nord». So sind bis 2009 zum Beispiel verschiedene Massnahmen geplant, die zu einer wesentlichen Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung im Quartier St. Johann und im gesamten Stadtgebiet Basel Nord führen werden. Die Zukunft der Quartiere nachhaltig zu gestalten, ist das erklärte Ziel der Regierung.

WWW ■ stadtentwicklung.ch

Die ausländische Bevölkerung in den Wohnvierteln und Gemeinden (2005)



Integration als prioritäres Thema des Kantons Basel-Stadt

Politische und rechtliche Grundlagen

Die Arbeit von «Integration Basel» basiert auf klaren politischen Grundlagen und rechtlichen Vorgaben. In der neuen Verfassung des Kantons Basel-Stadt wird mit dem §8 klar festgelegt, dass niemand aufgrund seiner ethnischen Herkunft diskriminiert werden darf. «Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.» Im §15,3 wird festgehalten, dass der Staat für die Chancengleichheit sorgt und die kulturelle Vielfalt, die Integration und die Gleichberechtigung in der Bevölkerung sowie die wirtschaftliche Entfaltung fördert. Auf kantonaler Ebene massgebend sind folgende drei Regierungsratsbeschlüsse:

1. zur Schaffung der kantonalen Integrationsstelle, 2. zur Schaffung der Anlaufstelle Rassistische Diskriminierung und 3. zur Schaffung des Leitbilds und Handlungskonzeptes Basel-Stadt.

Das Leitbild und Handlungskonzept gibt die Grundhaltung in der Integrationsarbeit des Kantons vor. Da die konkreten Handlungsziele laufend aktualisiert und den gesellschaftlichen und politischen Bedürfnissen angepasst werden, löst der vom Interdepartementalen Netzwerk Integration erarbeitete Aktionsplan 2004 bis 2007 das Handlungskonzept von 1999 ab.

Für die Integrationsarbeit bindend ist darüber hinaus der jährlich vom Regierungsrat veröffentlichte Politikplan. Für die Periode 2006 bis 2009 bekennt sich der Kanton Basel-Stadt zur Integration als «prioritäres Thema».

Die übergeordneten, rechtlich bindenden Grundlagen für die Integrationsarbeit sind: die Europäische Menschenrechtskonvention; die Bundesverfassung und das ANAG (Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer) sowie auf kantonaler Ebene die Kantonsverfassung und das geplante Integrationsgesetz (Inkrafttreten voraussichtlich 2007; vgl. S. 16).

Leitbild und Handlungskonzept

Der Basler Regierungsrat hat 1999 von der Ethnologin Dr. phil. Rebekka Ehret das «Leitbild und Handlungskonzept» für Basel-Stadt erarbeiten lassen. Am 18. Januar 2001 stimmte der Grosse Rat des Kantons diesem mit grosser Mehrheit zu. Das Leitbild ist in fünf Sprachen erhältlich (Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch), in sechs weiteren Sprachen existiert eine Kurzversion (Albanisch, Kroatisch, Kurdisch, Serbisch, Tamilisch, Türkisch). Über 6'000 Exemplare wurden bereits ins In- und Ausland verkauft. Das Leitbild ist in den verschiedenen Sprachen auf der Homepage → www.welcome-to-basel.bs.ch einzusehen und herunterzuladen.

Für die Integrationspolitik in Basel-Stadt ist der Paradigmenwechsel vom Defizit- zum Potenzialansatz zentral. Entsprechend lassen sich folgende drei Leitideen formulieren:

1. Das Fundament, auf dem die zukünftige Integrationspolitik aufbaut, wird vom vorhandenen Potenzial, also den Errungenschaften, Erfahrungen, Fähigkeiten und Kompetenzen der Beteiligten, gebildet.
2. Integration wird als gesamtgesellschaftliches und gesamtstädtisches Anliegen verstanden, d.h., die Gesamtheit aller Gesellschaftsmitglieder (Einheimische und Zugezogene) werden in den Prozess eingebunden.
3. Die Integrationspolitik garantiert einen bewussten und respektvollen Umgang mit Differenz. Soziale oder strukturell bedingte Probleme dürfen nicht oberflächlich kulturalisiert und ethnisiert, geschlechterspezifische Aspekte nicht ignoriert oder neutralisiert werden.

Aus diesen drei Leitideen werden für die Integrationspolitik folgende Grundsätze für die politische Praxis abgeleitet:

1. Basel-Stadt verfolgt eine umfassende Sozialpolitik. Als Grundprinzip gilt der Gleichheitsgedanke – die Integrationspolitik achtet und fördert die im Kanton lebenden Menschen als Individuen. In der Bekämpfung sozialer Benachteiligung gelten sozio-ökonomische Kriterien für die Bestimmung der Zielgruppen und nicht die ethnische Herkunft.
2. Die vorhandenen Ressourcen werden genutzt und der individuelle Aufstieg gefördert. Soziale Mobilität und Leistungswille werden durch den Abbau struktureller Schranken unterstützt. Die neue Integrationspolitik ist vornehmlich leistungs- und aufstiegsorientiert.
3. Informationslücken werden geschlossen und Vorurteile auf allen Seiten abgebaut.

Das baselstädtische Leitbild – Vorbild auch für andere Kantone





Für den Zeitraum 2004–2007 wurde mit dem Aktionsplan das Handlungskonzept aktualisiert. Das Interdepartementale Netzwerk Integration (INI) formuliert hier für spezifische Zielgruppen konkrete (Projekt-)Schwerpunkte, welche die Leistungen in den Regelstrukturen (Schule, Sozialhilfe, Gesundheitswesen etc.) ergänzen und damit Defiziten entgegenwirken.

Integration ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, in welchen alle Gesellschaftsmitglieder aktiv eingebunden sind. So zielt die Integrationsförderung auf ein konsequentes und flächendeckendes Angebot

mit Deutsch- und Staatskundekursen sowie mit Kursen für die soziale Orientierung ab (nach niederländischem Vorbild). Alle Neuzugezogenen profitieren ab Ankunft in Basel von einem umfassenden Informationsangebot und den vielfältigen Begegnungsanlässen, die von der kantonalen Integrationsstelle und ihren Partnerorganisationen angeboten werden. Dem Angebot gegenüber steht die Forderung an die Migrantinnen und Migranten, sich in ihrem Gastland für ein gedeihliches Zusammenleben mit den Einheimischen zu engagieren, sich mit den Lebensbedingungen im Gastland auseinanderzusetzen und sich die notwendigen Sprachkenntnisse anzueignen. Basis für ein respektvolles Miteinander ist für alle die in der Schweiz geltende Rechtsordnung.

«Fördern und Fordern ist ein gutes Prinzip für den gemeinsamen Erfolg.»

Walter F. Studer,
Kommissionsmitglied
(MIK)

WWW ■ welcome-to-basel.bs.ch

Schwerpunkte und Projekte

PR/Kommunikation

In den letzten sieben Jahren hat «Integration Basel» mit zahlreichen Projekten, Filmen und mit öffentlichen Anlässen zum Thema Integration auf sich und ihre innovative Politik aufmerksam gemacht. Zudem erfüllt die Integrationsstelle ihren Informationsauftrag gegenüber der Bevölkerung mit der Broschüre, der stets aktuellen Homepage und ab 2007 auch mit einem Jahresbericht, der insbesondere einen Schwerpunkt auf die Umsetzung des Integrationsgesetzes legen wird.

Im Frühjahr 2003 wurde beispielsweise ein Integrationsstadtplan auf Initiative der Kantonalen Kommission für Migrations- und Integrationsfragen (MIK) gemeinsam mit dem FC Basel, der BVB und dem Vermessungsamt entwickelt und von «Integra-

tion Basel» finanziert. Der Stadtplan gibt eine Übersicht über Sport-, Jugend- und Kulturangebote des Kantons Basel-Stadt. Zudem sind die wichtigsten Kontaktstellen zu Stadt- und Integrationsfragen darin zu finden. Mit einer Auflage von 200'000 Exemplaren fand der Stadtplan auch über die Landesgrenzen hinaus grossen Anklang.

Umfassende Medienarbeit – ein Kernstück der Integrationsarbeit

Auch das Medium Film wurde bereits einige Male eingesetzt, um für mehr Verständnis, Toleranz und Akzeptanz zwischen allen Bevölkerungsgruppen zu werben. Die kantonale Integrationsstelle produzierte 2002 den Begrüssungsfilm «Willkommen in Basel». Das Beispiel einiger in Basel heimisch gewordenen Zugezogenen zeigt hier, wie der kulturelle und auch der wirtschaftliche Reichtum der Stadt seit je eng an die Zuwanderung Fremder geknüpft ist. Der Film, der in Deutsch, Englisch und Französisch erhältlich ist, wird beispielsweise

im Rahmen der «Willkommen»-Anlässe gezeigt. Grossen Anklang fanden zudem die Kinospots zum Thema Migration/Integration, die eine breite Öffentlichkeit mit aufklärenden Informationen konfrontierten.

2004 unterstützte «Integration Basel» inhaltlich und ideell den Migrationsfilm des Basler Regisseurs Armin Biehler «Menschen bewegen Basel. 200 Jahre Migration – eine Erfolgsgeschichte». Er wird an öffentlichen Anlässen, in Sprachschulen, Integrationskursen, Vereinen, in Schulen, Lehrerfortbildungen etc. eingesetzt und bietet dort eine ausgezeichnete Grundlage für Diskussionen.

Pünktlich zur Fussball-WM 2006 erfolgte die jüngste Filmproduktion: Unter dem Titel «Tor zur Welt – elf Freunde aus 27 Ländern» schufen Armin Biehler und Andy Blättler einen Dokumentarfilm über den Breitensport Fussball in der Region Basel. Der Film stellt die alltägliche Realität von Integration und Migration im Fussball dar und lässt sie uns hautnah miterleben.

Ganz im Sinne der Öffentlichkeitskampagne «Aller Anfang ist Begegnung» (s. S. 14) nutzt die kantonale Integrationsstelle diverse öffentliche Anlässe und Feste, um mit der Basler Bevölkerung in unmittelbarem Kontakt zu bleiben und in zahlreichen Gesprächen die Integrationspolitik, laufende Kampagnen und Projekte zu diskutieren. So dient die umfassende PR- und Kommunikationsarbeit von «Integration Basel» der Information, der Transparenz, der Sensibilisierung und dem Abbau von Vorurteilen.

Informationen zu den Produkten von «Integration Basel» sowie ein Bestellformular finden Sie unter → www.welcome-to-basel.bs.ch/produkte.

«Aller Anfang ist Begegnung».

Die regionale Öffentlichkeitskampagne

Seit dem Jahr 2000 besteht zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft eine enge Zusammenarbeit im Bereich der Kampagnenarbeit. Die beiden Kantone führten über vier Jahre (2000–2004) eine Öffentlichkeitskampagne mit dem Titel «Tatsachen gegen Vorurteile» durch. Diese beinhaltete 11 Migrationszeitungen zu den unterschiedlichsten Themen (z. B. Religion, Liebe, Jugend) sowie Textanzeigen in verschiedenen Tages-, Wochen- und Quartierzeitungen zur Information und Sensibilisierung der Bevölkerung. Mit «Tatsachen gegen Vorurteile» wurde insbesondere die Zielgruppe der politisch und allgemein Interessierten angesprochen.

Die neue Kampagne «Aller Anfang ist Begegnung» setzt nun seit 2005 die Schwelle etwas tiefer und will weiterhin Migrantinnen und Migranten, dazu speziell wenig informierte Kreise sowie Jugendliche und «Kurz- und Schnelllesende» auf einer breiten Basis erreichen. Es gilt, mit den Skeptischen, Ängstlichen und Verärgerten das Gespräch zu suchen und über Begegnungen Vorurteile abzubauen.



«Rassismus gibt sowieso die Rote Karte.»
Martin B., Schiedsrichter 3. Liga, Baden

ALLER ANFANG IST BEGEGNUNG.

«In der Beiz unterscheiden wir nur zwischen freundlichen und pöbelnden Gästen.»
Trudi M., Serviceangestellte, Pratteln

ALLER ANFANG IST BEGEGNUNG.

«Zum Glück ist die Schule international, sonst hätte ich viele Freunde nicht.»
Sämi R. aus Rheinfelden, Schüler

ALLER ANFANG IST BEGEGNUNG.

Inserate aus der Kampagne «Aller Anfang ist Begegnung»

Mit dem Start von «Aller Anfang ist Begegnung» stehen erstmals die vier Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Solothurn gemeinsam hinter der Integrationspolitik und begründen dies mit ihrer Zusammenarbeit. Damit wird die Regionalisierung der Integrationspolitik erstmals konkret und erhält durch die Unterstützung des Bundes (Eidgenössische Ausländerkommission, EKA) auch jenes Gewicht, das der Bedeutung der Thematik entspricht. Inzwischen haben zudem die beiden Kantone Bern und Jura starkes Interesse an einer Kooperation angemeldet.

Umgesetzt wird die Kampagne «Aller Anfang ist Begegnung» mittels einer breiten Testimonialkampagne vorwiegend in den grossen Gratiszeitungen der Region Nordwestschweiz sowie in den Lokal-, Quartier- und Institutsblättern. Der Slogan «Aller Anfang ist Begegnung» bildet die Grundlage für eine attraktive und flexible Kampagneplattform, die von allen vier Kantonen gemeinsam genutzt wird. Inhaltlich wird aufgezeigt, wie selbstverständlich die Integration im Alltag überall dort erlebt wird und erlebt werden kann, wo Menschen sich begegnen, etwa in der Schule, am Arbeitsplatz oder in der Freizeit. Mit lokalen Veranstaltungshinweisen kann gleichzeitig und aktuell auf Möglichkeiten von interkulturellen Begegnungen aufmerksam gemacht werden.

Die Migrationszeitung, die neu den Titel MIX trägt, erscheint jährlich mit einer Auflage von 400'000 Exemplaren und wird an alle Haushalte in BS und BL sowie in den grösseren Gemeinden in AG und SO verteilt. Zudem finden die Anzeigen mittels Kinospots, Plakaten und weiteren Werbeträgern einen zusätzlichen breiten Zugang zur Bevölkerung.

WWW ■ migration.bl.bs.ch

Das Integrationsgesetz

Die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben 2005 gemeinsam den Entwurf eines bikantonalen Integrationsgesetzes erarbeitet. Zum einen findet damit die Integrationspolitik der letzten Jahre eine politische Bestätigung. Zum anderen ist die Zeit reif für ein modernes Gesetz, das klare Regelungen schafft.

Die Arbeit am Gesetz wurde inhaltlich von der Kommission für Migrations- und Integrationsfragen begleitet. Verschiedenste Institutionen, Arbeitsstellen, Migrantenvereine und interessierte Personen wurden zur Vernehmlassung eingeladen.

Das Integrationsgesetz garantiert die Umsetzung des Prinzips Fördern und Fordern, das bereits als zentraler Gedanke einer innovativen Integrationspolitik im Leitbild formuliert wurde.

Das Integrationsgesetz wird eine verbindlich geregelte Integrationspolitik sicherstellen und eine aktive und effiziente Steuerung der Integrationsförderung gewährleisten. Die Behörden bieten dazu ein bedürfnisorientiertes, gezieltes Förderangebot.

Von Zuziehenden wird dabei Integrationswillen und Achtung des Rechtsstaates verlangt, von Einheimischen Offenheit und von beiden Seiten gegenseitiger Respekt. So ist das Gesetz in gegenseitiger Ausgewogenheit formuliert; auch hier in Anlehnung an das Leitbild, das Integration als gesamtgesellschaftliches Anliegen postuliert.

Der Entwurf wird seit Oktober 2005 in den zuständigen Kommissionen des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt und des Landrates des Kantons Basel-Landschaft beraten. Das Inkrafttreten des Gesetzes wird für 2007 erwartet.

«Gemeinsam mit Offenheit und Respekt. Fördern und Fordern» ist der Titel eines Informationsflyers, der 2005 von der Kommission für Migrations- und Integrationsfragen Basel-Stadt zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit zum Integrationsgesetz herausgegeben wurde. Es folgte 2006 eine erweiterte PR-Arbeit zum Gesetz mit einem modifizierten Flyer, der den Gesetzestext in 10 verschiedenen Sprachen auch Migrantenkreisen zugänglich macht.

Im Mai 2006 startete zudem «Integration Basel» ein Projekt in türkisch-kurdischen Vereinen und Organisationen, um die Meinungsbildung zum Integrationsgesetz auch in Migrantenvereinen zu fördern. Nach diesem Pilot folgten zusätzliche Veranstaltungen für weitere Sprachgruppen.

«Willkommen».

Das Begrüssungs- und Begegnungskonzept

«Integration Basel» hat sich zum Ziel gesetzt, allen Zuziehenden eine möglichst rasche Integration zu ermöglichen. Dazu spielt das Erlernen der deutschen Sprache zur Kontaktaufnahme und zur Verständigung im Alltags- und Berufsleben eine zentrale Rolle. Ebenso benötigen die neuen Einwohnerinnen und Einwohner umfassende Informationen über das Leben in Basel und der Region, um sich am neuen Wohnort zurechtzufinden und sich damit eine stabile Grundlage für ein erfolgreiches Leben aufbauen zu können.

Das Begrüssungs- und Begegnungskonzept «Willkommen» sieht die systematische Begrüssung aller neu nach Basel Zugezogenen vor. Dies geschieht in einem ersten Schritt im Rahmen der amtlichen Anmeldung bei der Abteilung Bevölkerungsdienste und Migration des Sicherheitsdepartements (SiD) – hier wird die kantonale Integrationspolitik erläutert und bei Bedarf auf Angebote von Deutsch- und

Mit «Willkommen» begrüsst Basel alle Zugezogenen

Integrationskursen hingewiesen. In Folge werden die neuen Einwohnerinnen und Einwohner in ihrem jeweiligen Wohnquartier willkommen geheissen und an regelmässig stattfindenden Anlässen über das Leben im Quartier sowie über wichtige Anlauf- und Beratungsstellen informiert. Auch in den Heimatsprachen der Zugezogenen finden periodisch Veranstaltungen mit aktuellen und wertvollen Informationen statt – in den Landessprachen Deutsch, Französisch und Italienisch sowie auf Englisch, Spanisch, Portugiesisch, Türkisch, Serbisch, Kroatisch und Albanisch. Bei der Durchführung dieser Anlässe arbeitet «Integration Basel» mit den Verwaltungsstellen sowie der Ausländerberatung der GGG zusammen. Als weiterer Bestandteil des Konzepts werden für die gesamte Einwohnerschaft Basels Informationsveranstaltungen zu aktuellen Themen durchgeführt (z. B. zu Verkehr, Gesundheit, Jugend). Diese Anlässe bieten Gelegenheit für Begegnungen und einen respektvollen Austausch zwischen Migrantinnen und Migranten und Einheimischen. Schliesslich leistet «Integration Basel» damit Vernetzungsarbeit: Ansässige und Zugezogene können mit Organisationen, Vereinen und Institutionen in Kontakt treten.

So ist «Willkommen» ein aufeinander aufbauendes und modulartiges Konzept der Begrüssung und Begegnung für Neuzugezogene unter Einbezug der länger in Basel Wohnhaften sowie der Einheimischen. Es wird in den kommenden Jahren konsequent und flächendeckend im Kanton Basel-Stadt eingeführt bzw. weiter ausgebaut, um der gesamten Bevölkerung Basels ein friedliches und respektvolles Zusammenleben zu erleichtern.

Projektförderung

Die kantonale Projektförderung umfasst Beurteilung, Begleitung, Finanzierung und Steuerung von rund 70 Projekten. Mit dem breiten Angebot an Integrationsprojekten wird die Chancengleichheit für alle Bewohnerinnen und Bewohner von Basel-Stadt angestrebt.

Die gezielte Förderung und Steuerung der Projekte setzt ein Qualitätsmanagement und Controlling voraus. Auf den Ebenen Leitbild, Strategie und operatives Geschäft wird die Qualität definiert und umgesetzt. Die Zielvorgaben werden vertraglich festgelegt und im Controlling auf deren Erreichung hin beurteilt.

Die Richtlinien, die auch die Beurteilungskriterien beinhalten, sowie die kantonalen und eidgenössischen Förderschwerpunkte bilden die Grundlagen der Projektförderung.

Im Aktionsplan 2004–2007 sind fünf Förderschwerpunkte definiert: Begegnung, Öffnung der Institutionen, Information, Innovation und Kooperation. Gefördert werden Projekte in den Bereichen Quartierentwicklung, Bildung, Arbeit, Gesundheit, Prävention, Jugendarbeit, Antidiskriminierung, Mediation und Begegnungsanlässe.

Beispielsweise fördern die Quartierprojekte die rasche Integration im unmittelbaren Wohnumfeld, sie stärken die Vereine und Treffpunkte und sorgen für eine aktive Vernetzung der Quartierangebote. So wird auch Segregation und Vereinsamung entgegengewirkt und das Sicherheitsgefühl der Quartierbevölkerung verbessert.

Projekte im Bildungsbereich fördern die Sprachentwicklung bei fremdsprachigen Kindern, unterstützen Jugendliche und Erwachsene in ihrer Sprachkompetenz und bieten eine konkrete Hilfestellung in der Alltagsbewältigung. Sowohl Erziehende als auch Lehrkräfte können mit den Bildungsprojekten professionell und nachhaltig unterstützt werden.

Die Projekte richten sich an die in Basel-Stadt wohnhafte Bevölkerung: Einheimische und Zugezogene. Die Projekte werden mit der Stabsstelle für Integrations- und Migrationsfragen Basel-Landschaft und den Bundesbehörden (Bundesamt für Migration, Eidgenössische Ausländerkommission, Fachstelle gegen Rassismus u.a.) koordiniert. Die Finanzierung basiert auf drei Säulen: Kanton (BS, BL), Bund (EKA, andere) und Dritte (Stiftungen). Zudem muss jedes Projekt eine Eigenleistung erbringen und für eine nachhaltige Finanzierung sorgen.

In Anbetracht der beschränkten Finanzmittel ist ein zielgerichteter und sparsamer Einsatz von menschlichen als auch finanziellen Ressourcen und eine Transparenz auf allen Ebenen von grosser Bedeutung. Das bikantonale koordinierte und bedarfsgerechte Angebot an Projekten ist effektiv und effizient.

Projektförderung setzt Qualitätsmanagement und Controlling voraus

Projektcontrolling

Im Jahre 2005 wurde ein zweistufiges Controlling für die kantonale Projektförderung eingerichtet. Es besteht aus den Elementen strategisches und operatives Controlling.

Das strategische Controlling ist langfristig angelegt. Die wesentlichen Instrumente dafür sind: Leitbild, Politikplan, Kennzahlenbericht Integration des Wirtschafts- und Sozialdepartements Basel-Stadt, Daten der Bevölkerungsbefragung des Statistischen Amtes und die Gremien regierungsrätliche Delegation Integration, Interdepartementales Netzwerk Integration und die kantonale Kommission für Migrations- und Integrationsfragen (vgl. Organigramm S. 22). Besonders das Interdepartementale Netzwerk Integration bewährt sich dabei als Vernetzungs- und Controllinginstanz. Problemfelder können so rasch erkannt, Massnahmen zur Problemlösung entwickelt und umgesetzt werden.

Das operative Controlling – die Planung von Prozessen, deren Steuerung und Kontrolle – wirkt mittelfristig und betrifft die Projektebene. Durch die Optimierung des Vertragswesens mit Zielvorgaben und Indikatoren zur Wirkungserfassung, durch die Vereinfachung von Formularen und die Ausarbeitung von Richtlinien wurde der Planungsprozess verbessert. Die Steuerung und die Kontrolle sind eng miteinander verbunden. Daten zu Projektverlauf, Stärken und Schwächen eines Projektes bilden die Grundlage für eine wirksame Steuerung. Die Berichterstattung von Seiten der Projektorganisation

(Schlussbericht, Evaluation, Kennzahlen zu den im Vertrag vereinbarten Indikatoren, Ablaufkalender, Tätigkeitsbericht) und die Informationen aus den Projektbesuchen vor Ort stellen eine ganzheitliche Analyse der Projekte sicher. Diese Daten dienen einerseits der Projektoptimierung, andererseits dienen sie als Entscheidungsgrundlage bei der Prüfung und der Beurteilung von Folgeprojekten. Auf [→ www.welcome-to-basel.bs.ch/projektfoerderung](http://www.welcome-to-basel.bs.ch/projektfoerderung) sind Richtlinien, Eingabeformular und die aktuelle Projektliste von «Integration Basel» einzusehen und herunterzuladen.



«Integration Basel»

Die kantonale Integrationsstelle und Anlaufstelle Rassistische Diskriminierung

Aufgaben und Ziele

Grundlegend für alle Massnahmen in der Integrationsarbeit sind das offizielle Leitbild und Handlungskonzept des Kantons Basel-Stadt von 1999 und der Aktionsplan 2004–2007. Entsprechend dem dort festgeschriebenen ressourcenorientierten Potenzialansatz bindet Integrationspolitik in Basel die ganze Bevölkerung mit in die praktische Arbeit ein: Migrantinnen und Migranten wie auch Einheimische. «Integration Basel» hat den Auftrag, auf die tatsächliche Herstellung der Chancengleichheit sowohl für alle Zuziehenden wie auch für alle Schweizerinnen und Schweizer hinzuwirken. Diese bestehenden

Handlungsgrundlagen für die Integrationsarbeit in Basel-Stadt bekommen voraussichtlich 2007 eine rechtliche Abstützung. Basel-Landschaft und Basel-Stadt arbeiten seit 2005 an einem bikantonalen Integrationsgesetz, das für beide Kantone verbindliche Regeln aufstellt und das Prinzip des Förderns und Forderns festschreibt.

In den Jahren 1998 bis 2003 wurden in einem ersten Schritt die strategischen und operationellen Voraussetzungen geschaffen, um die neue Integrationspolitik in allen Politikgebieten implementieren zu können. Zeitgleich wurden zahlreiche politische Strategien entwickelt und daraus praktische Massnahmen abgeleitet. Folgende Schwerpunkte wurden in den letzten Jahren verfolgt:

1. Die gesellschaftliche Verankerung der Integrationspolitik in den Quartieren, den schweizerischen Vereinen und Migrantenvereinen
2. Die rasche und kontinuierliche Umsetzung des Integrationsleitbildes an den Schulen
3. Der Ausbau der Sprach- und Integrationskurse für Erwachsene, für Neuzugezogene sowie für Migranten/-innen, die bereits in der Schweiz leben und einer Nachintegration bedürfen
4. Die optimale Verknüpfung der Integrationsmassnahmen mit der Stadtentwicklung
5. Die optimale Verknüpfung von Forschung und Praxis durch die enge Zusammenarbeit von «Integration Basel» mit dem Ethnologischen Seminar der Universität Basel
6. Die zunehmende Regionalisierung der Integrationsarbeit: Realisierung gemeinsamer Projekte und Öffentlichkeitskampagnen (bestehend mit BL, AG, SO; in Planung mit Jura und Bern)

Zudem hat die kantonale Integrationsstelle den Auftrag, Rassismus und Diskriminierung von Einheimischen und Zugezogenen entgegenzuwirken und die allgemeine Bevölkerung entsprechend zu sensibilisieren. Mit Beratungen und Präventionsprojekten leistet sie auch hier einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft.

Flankierend zu diesen Massnahmen sorgt «Integration Basel» für eine umfassende, kontinuierliche und öffentlichkeitswirksame Informations- und Medienarbeit.

Integration ist in Basel-Stadt auf hohem Niveau konsolidiert

Intervention in Fällen rassistischer Diskriminierung

«Integration Basel» betreibt neben einer innovativen Integrationsarbeit auch eine überzeugende Antidiskriminierungspolitik. Rassistische und diskriminierende Verhaltensweisen sowie subtilere Arten von Ausgrenzung oder Benachteiligung gehören auch in Basel zur alltäglichen Realität. Davon betroffen sein können alle unabhängig von Nationalität, sozialem Status, Religion, Ethnie oder Herkunft, sei dies am Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche, in der Schule, im Umgang mit Behörden oder im Bekanntenkreis. Unsicherheit und Unwissen (auch in rechtlicher Hinsicht), Verletztheit, Ohnmachtsgefühle, Verzweiflung und Rückzug sind die Folgen bei Betroffenen von rassistischem oder diskriminierendem Verhalten. Ihnen steht «Integration Basel» mit persönlicher oder telefonischer Beratung, Vermittlungstätigkeit, Rechtsberatung oder mit unterstützender Hilfe

zur Selbsthilfe zur Verfügung. Neben den durch die europäische Menschenrechtskonvention EMRK und die Schweizerische Bundesverfassung garantierten Rechten stellt das Schweizerische Strafgesetzbuch seit 1995 rassistisches Verhalten unter Strafe (Art. 261 StGB^{bis}). Seit 1999 ist «Integration Basel» offiziell die kantonale Anlaufstelle für Rassistische Diskriminierung. Von Januar 2003 bis Ende Oktober 2005 sind insgesamt 63 entsprechende Meldungen eingegangen. Die Anlaufstelle wurde mehrheitlich von betroffenen Einzelpersonen konsultiert (32 weibliche, 26 männliche) – vereinzelt auch von Paaren oder Gruppen. Die Meisten wünschten ein direktes Beratungsgespräch, an zweiter Stelle stand die telefonische Beratung. Wie die interne Statistik zeigt, waren im genannten Zeitraum mehr als ein Drittel der

Rassistisches Verhalten ist strafbar

Ratsuchenden Schweizerinnen und Schweizer, gefolgt von Menschen aus Afrika, aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawien und aus der Türkei. Ihre Anliegen tangierten die verschiedensten Lebensbereiche. Festzustellen ist, dass sich zunehmend auch Lehrpersonen, Arbeitgeber und Vertreterinnen von Institutionen melden, um sich in konkreten Fällen oder bei wahrgenommener Tendenz zu diskriminierendem Verhalten Rat einzuholen.

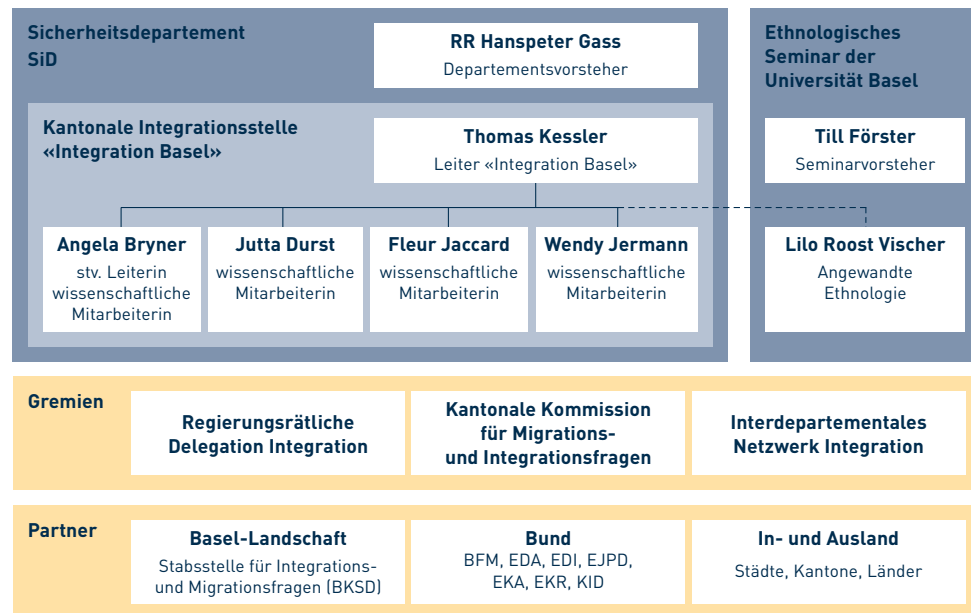
Neben der Beratungstätigkeit in akuten Fällen wird die kantonale Anlaufstelle auch aus eigener Initiative aktiv und wirkt mit geeigneten Massnahmen herabsetzendem Verhalten gegenüber präventiv und sensibilisiert so die Bevölkerung in Bezug auf Diskriminierung. Als Beispiele dienen die Sensibilisierungskampagnen «Tatsachen gegen Vorurteile» und «Aller Anfang ist Begegnung».

WWW ■ [welcome-to-basel.bs.ch/
anlaufstelle-rassistische-diskriminierung](http://welcome-to-basel.bs.ch/anlaufstelle-rassistische-diskriminierung)

Organisation

Organigramm

Das Organigramm zeigt die innere Organisation der kantonalen Integrationsstelle «Integration Basel», ihre Verankerung in der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt, ihre enge Verknüpfung zur Universität Basel und die wichtigsten Kooperationspartner.



Das Team

Das Kernteam der kantonalen Integrationsstelle besteht aus 5 Personen:



Thomas Kessler Studium der Agronomie und Entwicklungszusammenarbeit sowie der Drogenforschung in Bern, Zürich und Basel. Consultingunternehmer für Entwicklungs- und Drogenprojekte. Politiker im Kanton Zürich bis 1991. 1991–1998 Drogendelegierter des Kantons Basel-Stadt und Leiter der Abteilung Koordination Drogenfragen im Justizdepartement. Seit 1996 Mitglied der Eidgenössischen Kommission für Drogenfragen. Seit 1998 Delegierter für Migrations- und Integrationsfragen des Kantons Basel-Stadt und Leiter von «Integration Basel». Mitglied der kantonalen Projektleitung für Stadtentwicklung.

thomas.kessler@sid.bs.ch

Angela Bryner Studium beider Rechte und Psychologie, mehrere Jahre als Akademische Mitarbeiterin in der Privatwirtschaft (Personaladministration Chemie: Projektarbeit, Erwachsenenbildung); 1991–1998 stellvertretende Leiterin des Kontrollbüros heute Bevölkerungsdienste und Migration, SiD, Mitorganisatorin von Grossanlässen und Events. Seit 1998 bei der kantonalen Integrationsstelle, Stellvertreterin des Delegierten für Migrations- und Integrationsfragen, Projektleitung von «Willkommen»; Öffentlichkeitsarbeit in Quartieren und Vereinsorganen; Verantwortung in den Themen: Rassismus, Asyl/ANAG, Gesundheit, Arbeit, Stimm- und Wahlrecht, rechtliche Aspekte i. S. Integration und rassistischer Diskriminierung, Einbürgerung, Prostitution/Menschenschmuggel/Menschenhandel, Stadtentwicklung, Quartiere; Mitglied der bikantonalen Rassismuskommision sowie der kantonalen Sicherheitskonferenz.

angela.bryner@sid.bs.ch



Fleur Jaccard Studium der Ethnologie, der Biologie sowie von Mensch, Gesellschaft und Umwelt (MGU) an der Universität Basel, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Museum der Kulturen Basel in den Abteilungen Indonesien, Amerika, Ostasien/Tibet und der Öffentlichkeitsarbeit, Weiterbildung in Non-Profit-Organisations-Management an der Universität Fribourg. Vertiefte Auseinandersetzung mit Konfliktformen und Kriminalität, unter anderem am Beispiel der albanischen Blutrache; eingehende Befassung mit Indonesien und Feldforschung auf Bali. Seit März 2003 bei «Integration Basel» verantwortlich für Projektförderung, Finanzen und Controlling; Betreuung des Interdepartementalen Netzwerks Integration; zuständig für die Themenbereiche Delinquenz und Gewaltprävention, Mediation, Alter, Wohnen.

fleur.jaccard@sid.bs.ch



Wendy Anne Jermann Studium der Ethnologie und der Geschichte an der Universität Basel. Koordinatorin des Frauenstadtrundgangs Basel. Unterricht von fremdsprachigen Kindern und Erwachsenen. Vertreterin der Schweiz an der Weltausstellung in Brisbane, Australien. Vertiefte Auseinandersetzung mit Sozial- und Familienstrukturen, unter anderem am Beispiel von Jamaika, sowie mit der Sklaverei und deren Folgen im afrikanischen Raum und in Westafrika. Seit Februar 2003 als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei «Integration Basel» tätig. Verantwortlich für die Öffentlichkeitskampagne «Tatsachen gegen Vorurteile» und das Folgeprojekt «Aller Anfang ist Begegnung» inkl. Migrationszeitung und diverse Produkte; Betreuung der Kommission für Migrations- und Integrationsfragen; zuständig für die Themenbereiche Kinder, Schule, Familie, Kultur.

wendy.jermann@sid.bs.ch

Jutta Durst Studium der Ethnologie und der Humangeografie in Freiburg i.Br., wissenschaftliche Mitarbeiterin des Museums der Kulturen Basel: Tätigkeiten in den Bereichen Bildung und Vermittlung, Ausstellungsgestaltung, Öffentlichkeitsarbeit, Eventmanagement. Zusatzausbildungen in Museumspädagogik, Theaterpädagogik und Projektmanagement. Wissenschaftliche Mitarbeit im bildungspolitischen Forschungsprojekt MAL (Marktplatz für ausserschulisches Lernen) der Stiftung MGU, Basel; besondere Beschäftigung mit Jugendfragen und dem Thema der nachhaltigen Bildung. Seit September 2003 wissenschaftliche Mitarbeiterin bei «Integration Basel». Verantwortlichkeiten: Marketing (Corporate Design, Steuerung und Betreuung der Dokumentationen und Informationsmedien, Öffentlichkeitsarbeit), Homepage; Betreuung der regierungsrätlichen Delegation Integration; thematische Schwerpunkte: Jugend, Schule, Bildung, Secondos, Kultur.

jutta.durst@sid.bs.ch



Rückblick

Seit den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts dominieren in den Medien sozialpolitische Themen wie Arbeitslosigkeit, Missbräuche in Asyl- und Sozialbereich, Delinquenz etc., die schnell polarisiert diskutiert und mit Migrantinnen und Migranten in Verbindung gebracht werden. In den 90er-Jahren manifestierten sich akute Probleme in Basel z.B. in der steigenden Anzahl ungenügend ausgebildeter Jugendlichen, in Sprachproblemen von Migrantinnen und Migranten und speziell unter ausländischen Frauen in einer zunehmenden gesellschaftlichen Isolation. Diese Phänomene resultierten aus der bis dorthin gängigen defizitorientierten Politik, die quasi als Reparaturbetrieb erst angesichts bereits bestehender Probleme entsprechende Massnahmen ergriff.

Die Wende kam Ende der 90er mit der Schaffung der kantonalen Integrationsstelle 1998 und der Entwicklung des Leitbildes und des Handlungskonzeptes von 1999 (Autorin: Dr. phil. Rebekka Ehret). Anfangs noch mit nur zwei Personen besetzt, war

«Hut ab in der Kirche. Hut auf in der Synagoge. Schuhe aus in der Moschee. Und Respekt für alle.»

Aus der Kampagne
«Tatsachen gegen Vorurteile»

die Hauptaufgabe dieser neuen Stelle die Verankerung des Leitbildes in der Verwaltung Basels sowie die rasche Lancierung dringender Projekte. Es wurde untersucht, was in den einzelnen Departementen und Abteilungen im Sinne einer nachhaltigen Integrationspolitik zu verbessern wäre. Die Umsetzung der Integrationspolitik wurde als Querschnittsaufgabe verstanden, die von verschiedenen Departementen und Abteilungen übernommen wird. Parallel dazu nahm die Projektgruppe «Integrale Aufwertung Kleinbasel» ihre Arbeit auf und setzte das Leitbild konkret in der Quartierarbeit und der Stadtteilentwicklung um.

So setzte sich in der Öffentlichkeit und in der Verwaltung mehr und mehr die Einsicht durch, dass Investitionen in die Integration gleichwohl Investitionen in die heutige wie auch in die zukünftige Gesell-

schaft sind. Seither konnten zunehmend die Chancen der Migration genutzt und die Reibungen, die es im gewissen Umfang immer geben wird, minimiert werden. Die Basler Integrationspolitik findet national wie auch international grosse Beachtung. So haben sich andere Städte, Kantone und Bundesbehörden die Basler Integrationspolitik inzwischen als Vorbild genommen; auch in Deutschland und Österreich ist «Integration Basel» diesbezüglich beratend tätig.

Ausblick

Im Politikplan 2006–2009, dem Planungs- und Steuerungsinstrument des Regierungsrates Basel-Stadt, bekennt sich der Kanton weiterhin zur Förderung von Integration und Chancengleichheit. Die Resultate der Bevölkerungsbefragung des Statistischen Amtes Basel-Stadt von 2005 haben im Vergleich zu denen aus früheren Jahren gezeigt, dass sich hinsichtlich der Ausländerthematik eine Versachlichung in der Diskussion einstellt. Dennoch gehört diese Thematik zu den meistgenannten bei der Frage nach den grössten Problemen in Basel. So wird deutlich, dass der Kanton weiterhin grosse Anstrengungen im Integrationsbereich unternehmen wird.

Respekt – das Motto von «Integration Basel»

Der Aspekt der Begegnung ist und bleibt ein wichtiger Bestandteil in der Integrationsarbeit. Denn persönliche Kontakte und Begegnungen sind eines der besten Mittel, um Vorurteile abzubauen und «beliebten» Pauschalisierungen und Kulturalisierungen vorzubeugen. Aufgrund dieser Erkenntnisse und der Ergebnisse der beiden Evaluationen der Öffentlichkeitskampagne «Tatsachen gegen Vorurteile» hat «Integration Basel» seit 2005 eine neue Kampagne unter dem Titel «Aller Anfang ist Begegnung» lanciert. Diese soll speziell die wenig lesende und die schnell lesende Bevölkerung sowie junge Menschen ansprechen und sensibilisieren. Als konsequente Ergänzung der medialen Information werden im Rahmen des «Willkommen»-Konzepts direkt ab Zuzug nach Basel Begegnungsanlässe professionell organisiert bzw. unterstützt und begleitet.

In den kommenden Jahren setzt die kantonale Integrationsstelle folgende inhaltlichen Akzente: Begegnung, Öffnung der Institutionen, Information, Innovation, Kooperation und politische Partizipation. Diese Förderbereiche sind im Aktionsplan 2004–2007 festgeschrieben und mit der Integrationspolitik auf Bundesebene abgestimmt.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Arbeit an der Umsetzung des Integrationsgesetzes, das voraussichtlich 2007 in Kraft treten wird. Grundlagen der Umsetzung werden die Verordnungen, die das Gesetz konkretisieren, und ein Handbuch sein. Das Handbuch besteht aus dem Umsetzungskonzept des Integrationsgesetzes und aus einem alltagsbezogenen Leitfaden für eine Anwendung bei den Behörden, in den Kurszentren für Sprach- und Integrationskurse und in weiteren involvierten Stellen. Es wird für alle in die Umsetzung involvierten Stellen und Personen konkrete Hilfestellungen bieten, um einen transparenten Ablauf von der Anmeldung bei «Bevölkerungsdienste und Migration» über die Beratung zu Sprach- und Integrationskursen bis hin zum Abschluss einer verbindlichen Integrationsvereinbarung zu gewährleisten.

Integration versteht sich als Querschnittsaufgabe des Kantons. Bis zum Jahr 2007 strebt die Integrationsstelle eine flächendeckende Implementierung des Integrationsauftrags in allen Politikgebieten an. So wird der zentrale Gedanke der Basler Integrationspolitik – der Potenzialansatz – in den nächsten Jahren verstärkt auch auf andere Bereiche wie Familie, Frühförderung, Jugend, Bildung, Soziales und Gesundheit übertragen. Als Beispiel gilt die Mitwirkung des Integrationsdelegierten in der Strategieguppe Jugendarbeitslosigkeit, die seit Beginn 2006 vom Regierungsrat eingesetzt wurde. Die Kerngedanken aus der Integrationspolitik können auch hier einen konstruktiven Beitrag dazu leisten, neben der Problemlösung auch möglichst früh Fehlentwicklungen zu erkennen und in Richtung Erfolg gegenzusteuern.





Integrationspolitik als Gemeinschaftsleistung

Die drei unterstützenden Gremien

Die regierungsrätliche Delegation Integration

Die Regierungsrätliche Delegation Integration lenkt die Tätigkeiten des Interdepartementalen Netzwerks Integration, d.h., ihr unterliegen die Projektsteuerung sowie die Kontrolle und die Festlegung der Projektziele. Sie bereitet zudem die Entscheide für den Gesamtregierungsrat vor und informiert alle Departementsvorsteherinnen und -vorsteher bei Entscheidungsbedarf. Die regierungsrätliche Delegation Integration setzt sich zusammen aus den Departementsvorstehern:

- **Regierungsrat Hanspeter Gass**, Sicherheitsdepartement (Vorsitz)
- **Regierungsrat Christoph Eymann**, Erziehungsdepartement
- **Regierungsrat Ralph Lewin**, Wirtschafts- und Sozialdepartement sowie
- **Thomas Kessler**, Delegierter für Migrations- und Integrationsfragen
- **Rolf Schürmann**, Verantwortlicher für Integrationsfragen im Wirtschafts- und Sozialdepartement, ständiger Gast

Das Interdepartementale Netzwerk Integration

Das Interdepartementale Netzwerk Integration (INI) hat den Auftrag, das Handlungskonzept des regierungsrätlichen Leitbilds laufend zu aktualisieren und die Integrationsmassnahmen aller sieben Departemente zu koordinieren. Dabei bewährt es sich als Vernetzungs- und Controllinginstrument; vermehrt werden auswärtige Experten beigezogen.

Das INI setzt sich aus Kadermitgliedern – 15 Vertreterinnen und Vertretern aller Departemente – zusammen. Diese fungieren im jeweiligen Departement als Ansprechpersonen für Integrationsfragen und stellen einen zuverlässigen Datenfluss sowie eine effektive Koordina-

tion und eine zügige Umsetzung der Integrationsmassnahmen sicher. Zusätzlich wohnt der Leiter der Ausländerberatung der GGG als ständiger Gast den INI-Sitzungen bei. Die Leitung des INI obliegt Thomas Kessler, dem Delegierten für Migrations- und Integrationsfragen. Das Gremium tagt vier Mal pro Jahr und berichtet halbjährlich dem Regierungsrat über sein Wirken und die konkreten Massnahmen.

Über 70 staatlich getragene Projekte werden vom INI koordiniert. Projekte mit den Schwerpunkten Frühförderung von Kleinkindern, Quartierentwicklung, Gesundheitsförderung und Prävention werden prioritär behandelt.

Wichtiges Steuerungsinstrument ist die interdepartementale Projektliste, in der sämtliche Projekte aller Departemente, die der Umsetzung des Leitbilds dienen, dokumentiert und jährlich aktualisiert werden.

→ www.welcome-to-basel.bs.ch/projektfoerderung. Damit können Doppelspurigkeiten vermieden, Lücken erkannt und Massnahmen entwickelt und umgesetzt werden.

Die kantonale Kommission für Migrations- und Integrationsfragen

Die Kommission für Migrations- und Integrationsfragen ist ein beratendes Gremium. Ihre Aufgabe ist es, die Integrationspolitik des Kantons kritisch zu begleiten und diese durch konkrete und innovative Umsetzungsvorschläge zu unterstützen. Gleichzeitig fungieren die Kommissionsmitglieder als «Ambassadoren» in der Öffentlichkeit. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Kommunikation einer innovativen Integrationspolitik.

Die Kommission besitzt ein Vorschlagsrecht zu allen Aspekten der Migrations- und Integrationspolitik zu Händen des Vorstehers des Sicherheitsdepartments. Sie trifft sich mindestens zweimal jährlich. Am 28. November 2000 beschloss der Regierungsrat, die bisher bestehende 20-köpfige Kommission in ein verwaltungsunabhängiges Fachorgan mit zehn Mitgliedern umzuwandeln. Diese Personen verfügen idealerweise über eigene Migrationserfahrungen. Die Mitglieder werden auf Antrag des SiD vom Regierungsrat gewählt. Bei Bedarf werden weitere Fachleute beigezogen. Der Vorsteher/die Vorsteherin des SiD fungiert als Präsident/-in der Kommission.

Die aktuelle Kommission setzt sich aus zehn Personen vorwiegend mit Migrationserfahrung zusammen, davon sind acht ausländischer Herkunft und zwei gebürtige Schweizer. Bei der Auswahl der Kommissionsmitglieder wurde auf eine geschlechtliche, altersmässige, religiöse und städtegeografische Vielfalt geachtet:

- **RR Hanspeter Gass**, Vorsteher SiD, Präsident der Kommission
- **Thomas Kessler**, Delegierter für Migrations- und Integrationsfragen BS, Sekretär
- **Heinz Hermann Baumgarten**, deutscher Herkunft, schweizerischer Staatsbürger, Lehrbeauftragter der Universität Fribourg (Heil- und sozialpädagogische Institutionenlehre)
- **Mary Denger Iddrisu**, ghanaischer Herkunft, schweizerische Staatsbürgerin, Jugend- und Kinderpsychiaterin
- **Julia Morais**, deutsche Staatsbürgerin, Stabsstelle für Integration, BKSD Basel-Landschaft
- **Prof. Dr. Andreas Nidecker**, schweizerischer Staatsbürger, PD, Leiter eines medizinischen Institutes im Kleinbasel
- **Daniel Ordás**, spanischer Staatsbürger, Advokat
- **Gülsen Öztürk**, türkischer Herkunft, schweizerische Staatsbürgerin, Sozialarbeiterin, Sozialhilfe BS, Grossrätin
- **Nora Refaeil**, iranischer Herkunft, schweizerische Staatsbürgerin, Anwältin
- **Nicola Stingelin**, britischer Herkunft, schweizerische Staatsbürgerin, Dozentin, Institut für Angewandte Ethik und Medizinethik, Medizinische Fakultät der Universität Basel
- **Walter F. Studer**, schweizerischer Staatsbürger, Bankdirektor, Vorsitzender Meister der Basler Zünfte und E. Gesellschaften
- **Géza Teleki**, ungarischer Herkunft, schweizerischer Staatsbürger, Basler Volkswirtschaftsbund, Präsident der Ausländerberatung der GGG



Ethnologisches Seminar, Universität Basel



Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Ethnologischen Seminar und «Integration Basel» ermöglicht die Erfassung von migrationsbezogenen Problemen und vor allem die Entwicklung von geeigneten Lösungsmöglichkeiten, die qualifiziert auf die Praxis zugeschnitten sind. So wurden 2005 zum Beispiel das gemeinsame Projekt «Kundenorientierung und interkulturelle Sensibilisierung der Basler Verwaltung» und die Informationsveranstaltung «Polizei und Migration aus Westafrika» durchgeführt sowie die Stellungnahme «Weibliche genitale Beschneidung in Basel: Risikogruppen und Präventionsmöglichkeiten» verfasst. Ein wichtiges Arbeitsfeld ist auch die Zusammenarbeit im interreligiösen Bereich. Dabei sind die langjährigen Erfahrungen von Frau Lilo Roost Vischer in Westafrika und mit Inter- und Transkulturalität sowie ihre verschiedenen ehrenamtlichen Aufgaben und Funktionen im Bereich Religion und Migration von grosser Bedeutung. Das Sicherheitsdepartement (SiD) beteiligt sich

an der Finanzierung des Lehrauftrags «Angewandte Ethnologie mit Schwerpunkt Migration/Integration». Studierende der Ethnologie, der Soziologie und der Volkskunde/Europäische Ethnologie können berufsbezogene Praktika, Recherchen und Abschlussarbeiten im Bereich der Basler Integrationsarbeit durchführen. Die hier erreichten Forschungsergebnisse sind ein notwendiger Bestandteil bei der Umsetzung und der Evaluation von politischen Massnahmen und Handlungsvorschlägen im Migrationsbereich ohne kostenintensives Einkaufen von externen Leistungen. Die Kooperation ermöglicht andererseits den Verwaltungsangestellten, an den universitären Veranstaltungen teilzunehmen. So wird versucht, eine möglichst enge und effiziente Verbindung zwischen Theorie und Praxis zu schaffen und den Wissenstransfer zwischen Lehre, Forschung und praktischer Umsetzung zu garantieren.

Dr. phil. Lilo Roost Vischer

Ethnologin und Religionswissenschaftlerin, Lehrbeauftragte für Angewandte Ethnologie, projektbezogene Mitarbeiterin von «Integration Basel». Steinengraben 5, 4051 Basel, Telefon 061 267 27 42, lilo.roost-vischer@unibas.ch

WWW ■ unibas-ethno.ch

Ausländerberatung der GGG



Die Ausländerberatung der GGG (Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel) engagiert sich seit Anfang der 60er-Jahre für die Integration. In den mehr als vier Jahrzehnten ihres Bestehens hat sie ihr Angebot stets den sich verändernden Rahmenbedingungen und Bedürfnissen angepasst. Heute ist die Ausländerberatung der

GGG das basel-städtische Kompetenzzentrum für Integrationsfragen und die grösste Anlaufstelle für Migrantinnen und Migranten – auch dank der finanziellen Unterstützung durch den Kanton Basel-Stadt und den Bund. Gerade das kantonale Integrationsleitbild und das Integrationsförderprogramm des Bundes gaben wichtige Impulse für

die Weiterentwicklung der Ausländerberatung der GGG. So entstand 2001 die Abteilung Informationsstelle Integration, die ihre Aufgaben in engem Kontakt mit «Integration Basel» wahrnimmt. Die Informationsstelle Integration kommuniziert z.B. staatliche Informationen und Angebote an Migrantenvereine, berät und vernetzt engagierte Personen und Institutionen untereinander, bietet Hilfe bei der Entwicklung und der Umsetzung von Integrationsprojekten, unterhält eine Datenbank unter → www.integration-bsbl.ch mit allen relevanten Integrationsangeboten der Region und fungiert als Informationsdrehscheibe für alle an den Themen Integration und Migration interessierten Kreise. Zudem engagiert sich die Informationsstelle Integration bei den Zuzügerbegrüssungen und nimmt Einsitz in diverse kantonale und nationale Gremien und Arbeitsgruppen.

Auch das Beratungsangebot der Ausländerberatung der GGG entwickelte sich in den letzten Jahren laufend weiter. So werden den Migrantinnen und Migranten umfassende Sozial- und Rechtsberatungen mittlerweile in 16 Sprachen angeboten. Mit der Zusammensetzung der Migrationsbevölkerung ändert sich auch das Angebot der Beratungsstelle: Die «jüngste» Beratungssprache z.B. ist Thai. Ergänzend zu den Beratungen engagiert sich die Ausländerberatung mit Fachreferaten (z.B. zu den Themen Sozialversicherungen und Finanzen) auch präventiv. Persönlich betroffene oder interessierte Schweizerinnen und Schweizer sowie Arbeitgebende erhalten ebenfalls spezifische Informationen zum Zusammenleben und -arbeiten mit Ausländerinnen und Ausländern. Ergänzt werden diese Dienstleistungen durch ein Übersetzungsangebot, das von Privatpersonen, der öffentlichen Hand und der Wirtschaft genutzt wird.

Christian Lupp

Geschäftsleiter Ausländerberatung der GGG, Eulerstrasse 26, 4051 Basel, Telefon 061 206 92 22

WWW ■ auslaenderberatung-basel.ch

Die Stabsstelle für Integrations- und Migrationsfragen Basel-Landschaft



Die Stabsstelle ist die kantonale Anlaufstelle für Integrations- und Migrationsfragen im Kanton Basel-Landschaft. Die Kantone von Basel-Landschaft und Basel-Stadt haben gemeinsam bereits einige Projekte erfolgreich durchgeführt – so zum Beispiel die Öffentlichkeitskampagne «Tatsachen gegen Vorurteile» und die Integrationsdatenbank beider Basel → www.integration-bsbl.ch.

Seit 2005 wurde die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit regionalisiert und mit der Kampagne «Aller Anfang ist Begegnung» auf die Kantone Solothurn und Aargau erfolgreich ausgeweitet: → www.migration.bl.bs.ch.

Aufgaben der Stabsstelle sind unter anderem das Verfassen von Stellungnahmen zu Vernehmlassungen aus dem Integrations- und Migrationsbereich, Beratung des Vorstehers der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion in Migrations- und Integrationsfragen sowie die Entwicklung von Strategien, welche speziell die Integration der im Kanton Basel-Landschaft wohnhaften Migrationsbevölkerung fördert.

Die Stabsstelle ist auch zuständig für die Betreuung externer Projekte. Hier gehen sämtliche Projekte aus dem Integrationsbereich ein, die um kantonale (BL) finanzielle Unterstützung ersuchen. Somit fällt der Stabsstelle die Aufgabe zu, neue Projekte zu prüfen und eine allfällige finanzielle Unterstützung abzuklären. Im Sinne der engen Zusammenarbeit beider Basel im Integrationsbereich müssen ab 2004 alle Projekte mit überregionaler Ausstrahlung bei beiden Integrationsstellen eingegeben werden. Die Kantone prüfen die Gesuche nach gleichen Richtlinien und stimmen mögliche Finanzierungen aufeinander ab.

Julia Morais

Leiterin Stabsstelle für Integrations- und Migrationsfragen BL, BKSD Rheinstrasse 31, 4410 Liestal, Telefon 061 925 60 44, julia.morais@bl.ch



Die Partner – in der Schweiz und international

Partnerschaften haben viele Vorteile – im Falle der kantonalen Integrationsstelle erleichtern sie den Weg zu einer intelligenten Integrationsarbeit und tragen zur Nachhaltigkeit der politischen Massnahmen bei. Laufend stellen sich neue Herausforderungen, denen am effizientesten in enger Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen aus dem In- und Ausland begegnet werden kann. Ein rascher und unkomplizierter Informationsaustausch ist hier unerlässlich.

Die basel-städtische Integrationsarbeit ist mehrschichtig regional, national und international vernetzt. Fest institutionalisiert ist die Partnerschaft mit dem Partnerkanton Basel-Landschaft. Die Projekte

werden gemeinsam beurteilt und gesteuert, das Integrationsgesetz gemeinsam entwickelt und die Behördenarbeit eng koordiniert. Dies erlaubt gar gegenseitige Stellvertretungen nach aussen und so eine erhöhte Effizienz. Die Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden ist ebenfalls eng. Dabei stehen das Bundesamt für Migration (BFM) und die Eidgenössische Ausländerkommission (EKA) im Vordergrund. Wichtig sind auch die Partnerschaften mit der Fachstelle für Rassismusbekämpfung, der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) und dem Bundesamt für Gesundheit (BAG). Mit all diesen Bundesstellen bestehen konkrete Projektpartnerschaften und ein regelmässiger Fachaustausch.

Die Delegierten der Schweizer Kantone und Städte treffen sich regelmässig im Rahmen der Konferenz der Integrationsdelegierten (KID). Da das Gremium immer grösser wird, sind für konkrete Kooperationen vermehrt Untergruppen oder bilaterale Abmachungen angezeigt. So nimmt Basel-Stadt gemeinsam mit AG, BE, BL, SO, JU und den grösseren Städten aus den genannten Kantonen an der Nordwestschweizer Delegiertenkonferenz teil. Diese Vernetzung dient der politisch-strategischen Abstimmung, gemeinsamen politischen Stellungnahmen wie auch der Möglichkeit konkreter Kooperationen zum Beispiel von Öffentlichkeitskampagnen.

Für die strategische und operationelle Planung sind auch internationale Kontakte besonders interessant. Diese werden kontinuierlich aufgebaut und laufend gepflegt. Die Ansätze in Ländern, die sich

selbstbewusst als Migrationsländer definieren, wie etwa Kanada, sind als Referenz für die eigenen Projekte lehrreich. Ebenso fruchtbar ist der Wissensaustausch an Fachkonferenzen wie z.B. an der Städtekonferenz «Metropolis».

So arbeitet «Integration Basel» von Anfang an vernetzt und überregional ganz im Sinne des Politikplans 2006–2009, der als ein Schwerpunktthema die «Stärkung der regionalen Zusammenarbeit und grenzüberschreitende Regionalität» setzt. Inzwischen berät Basel-Stadt auch Gemeinwesen im In- und Ausland in Integrationsfragen. Städte wie Dornbirn (Vorarlberg A), Wil (SG) und Olten (SO) haben das Basler Integrationskonzept eingekauft und implementiert.

IMPRESSUM

Herausgeber, Verleger, Konzeption, Redaktion:

Kantonale Integrationsstelle Basel-Stadt «Integration Basel»

Copyright: Das Copyright für die Texte liegt bei der Kantonalen Integrationsstelle «Integration Basel»

Fotos: © Claude Giger: S. 3, 4, 7, 10, 19, 22, 23, 26, 29, 31, 33,

© Christian Roth: S. 2 (Portrait), © Pino Covino: S. 2,

© Iris Krebs: S. 9, 12, © Barbara Sorg: S. 24, © Martin Töngi: S. 30,

© Museum der Kulturen Basel: S. 15, © «Integration Basel»: Cover

Statistiken: Statistisches Amt Basel-Stadt

Stadtplan: Grundbuch- und Vermessungsamt Basel-Stadt

Gestaltung: Katrin Ginggen, Basel

Lithos: DillierundDillier, Basel

Druck: Gremper AG, Basel

2. Auflage: Juli 2006, 3000 Ex.

Nachbestellungen und Anregungen an:

Sicherheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt

Kantonale Integrationsstelle «Integration Basel»

Spiegelgasse 6, 4001 Basel

Telefon 061 267 78 40

integration@sid.bs.ch

www.welcome-to-basel.bs.ch



Das Team «Integration Basel»:

Jutta Durst, Fleur Jaccard,
Wendy Anne Jermann, Angela Bryner,
Thomas Kessler (von links)



Respekt

Respekt

Sicherheitsdepartement
des Kantons Basel-Stadt
Kantonale Integrationsstelle
«Integration Basel»

Spiegelgasse 6, 4001 Basel
Telefon 061 267 78 40
integration@sid.bs.ch
www.welcome-to-basel.bs.ch